

¡Fijáte!

No. 234

2. Mai 2001

7. Jahrgang

"Ich wünsche mir, es gäbe einen Amokläufer der sich darauf spezialisiert, Militärs umzubringen"

Die Jugendorganisation HIJOS (Hijos e Hijas para la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio) - 'Söhne und Töchter für die Identität und Gerechtigkeit gegen das Vergessen und das Schweigen') wurde am 30. Juni 1999 gegründet und ist Teil der 1994 gegründeten lateinamerikanischen HIJOS-Bewegung. Die Idee kommt aus Argentinien und hat zum Ziel, Söhne und Töchter von Verschwundenen sowie Jugendliche, die auf die eine oder andere Weise vom bewaffneten Krieg oder von der politischen Verfolgung betroffen waren, zu organisieren. Im folgenden Gespräch erzählen zwei Mitglieder von HIJOS von ihrer Organisation und von ihrem Umgang mit Gewalt.

Frage: Was macht HIJOS?

Paco: Wir begannen vor zwei Jahren mit 17 Mitgliedern. Zuerst ging es uns darum, einen Raum zu schaffen für die Söhne und Töchter der Verschwundenen, aber mit der Zeit kamen auch Jugendliche dazu, die nur indirekt oder gar nicht unter dem bewaffneten Konflikt zu leiden hatten, die aber das Bewusstsein haben darüber, was geschehen ist und die etwas dagegen machen wollen. Eines unserer Hauptziele ist, die individuelle und kollektive Erinnerung an die Opfer aufrechtzuerhalten. Längerfristig wollen wir adäquate Formen und Mittel suchen, um Gerechtigkeit zu einzufordern.

Wir veranstalten kulturelle Aktivitäten, mit denen wir andere Jugendliche anzusprechen versuchen, ihnen unsere Geschichte erzählen und in ihnen ein Bewusstsein wecken wollen. Wir versuchen, all unsere Energie, unsere Frustration in Aktionen, in Kunst umzuwandeln.

Frage: Mir scheint, dass nur wenige Jugendliche, inkl. StudentInnen in Guatemala wirklich wissen, was geschehen ist.

Paco: Das ist ein Problem, mit dem wir immer wieder konfrontiert sind, wenn wir Veranstaltungen machen. Viele Jugendliche kennen die Geschichte des Landes nicht. Aber ich glaube, das hat viel mit dem hiesigen Schulsystem zu tun. In der Schule wird über Pedro de Alvarado, Tecun Uman und über die Spanier gesprochen aber nicht darüber, was in den letzten 70 Jahren geschah. Wir haben kürzlich ein Projekt beendet, das "Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses der Jugend" hiess. In diesem Projekt ging es darum, diese inoffizielle Geschichte Guatemalas bekanntzumachen. Wir gingen in verschiedene Schulen, zeigten Videos und Dias, führten Theater auf und sprachen mit den Jugendlichen.

Das Unwissen und die Ignoranz sind weit verbreitet - nicht nur unter den Jugendlichen. Viele betroffene Jugendliche sprechen nie über ihre Vergangenheit, weil sie von ihren KollegInnen oft als 'komisch' angeschaut werden. Das führt dann soweit, dass viele gar nicht wissen, dass andere Jugendliche auch betroffen sind.

Frage: Könntest du einfach einen Strich unter alles ziehen und von neuem beginnen?

Paco: Du meinst, um dann in Ruhe mit den Militärs zusammenzuleben? Nein. Es gibt Jugendliche in HIJOS, deren Eltern verschwunden sind, die zusehen mussten, wie ihre Eltern gefoltert wurden. Wenn ich an all die Geschichten danke, die unseren Angehörigen widerfahren sind, kommt in mir eine Wut hoch, die es mir verunmöglich zu sagen: "Vergessen wir's".

Wir sind Mitglieder von HIJOS, weil wir etwas tun wollen. Das Einfordern von Gerechtigkeit für die Greuel-taten der Vergangenheit ist bloss eine Seite der Medaille. Es ist sicher ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Veränderung unserer Gesellschaft. Aber die Zustände in dieser Gesellschaft hier und jetzt sind so miserabel dass es nicht drauf ankommt, ob du direkt vom Krieg betroffen warst oder nicht. Mit dieser Realität, in der du täglich lebst und von der du geprägt wirst, kannst du nicht einfach sagen, gut vergessen wir, was geschehen ist und beginnen wir von vorne. Unabhängig davon, ob du das Geschehene vergessen willst oder nicht, die heutige Realität allein sollte schon ein Grund zum Handeln sein.

Frage: Bist du zufrieden mit den aktuellen politischen Entwicklungen?

Paco: Ob ich zufrieden bin?! Nein!!! Ich bin einer der ältesten in unserer Gruppe, ich bin 26 Jahre alt. Ich selber bin ziemlich frustriert, weil der Friedensprozess keine Veränderungen für die Mehrheit der Bevölkerung mit sich bringt. Vorher gab es wenigstens noch eine vermeintliche politische Alternative, die Guerilla, die für eine vermeintliche Veränderung der Realität kämpfte. Aber heute gibt es nicht einmal mehr das. Die URNG hat so viele interne Probleme und reproduziert genau das, was sie vorher bekämpft hat. Sie ist auf dem Weg dazu, sich zur politischen Partei einiger weniger zu entwickeln. Wenn wir ehrlich sind, können wir auch eine Spaltung der Volksbewegungen fest-

stellen. Nach einem so langen Krieg ist die Jugend völlig desinteressiert allem gegenüber, was mit Politik zusammenhängt. Das heisst, es gibt heute eigentlich keine Alternativen mehr, es gibt nichts, das die Veränderungen repräsentiert, die ich mir wünsche.

Frage: Du hast vorhin erwähnt, dass ihr andere Formen sucht, um eure Frustration und eure Wut auszudrücken, welche Formen sind das? Oder anders gefragt, was machst du, wenn dich diese Wut überkommt?

Paco: Willst du die Wahrheit wissen? Ich betrinke mich. Alkoholprobleme sind weit verbreitet in unserer Gruppe, weil, ach...

HIJOS hat zweimal das 'Jugend-Festival für die Wahrheit und die Gerechtigkeit' organisiert. Weiter veranstalten wir Kulturmittage, mit der Idee, nicht einfach Kunst der Kunst wegen zu machen, sondern um sie als eine politische Ausdrucksform zu gebrauchen. Insgesamt haben wir etwa sechs Wandbilder gemalt. Wir versuchen auch, neuen Wind in die traditionellen politischen Veranstaltungen zu bringen. Wenn wir zu einer Demo gehen, nehmen wir Musikinstrumente mit, führen Strassentheater auf. Manchmal gehen wir auch sprayen.

Frage: Wie ist eure Beziehung zu anderen Jugendbewegungen?

Paco: Die StudentInnen- oder Jugendbewegung ist sehr schwach. Viele StudentInnenführerInnen wurden ermordet oder entführt und es fehlt heute an guten Leuten. Die AEU (StudentInnenorganisation) hat grosse interne Probleme, es gibt verschiedene Strömungen innerhalb der AEU, mehr oder weniger parallel zu den vier Strömungen innerhalb der URNG. Als HIJOS haben wir es bisher geschafft, ausserhalb dieser Streitigkeiten zu bleiben, obwohl sich einige unserer Mitglieder in der AEU und in der URNG engagieren.

Die Kirche hat über die Sozialdiözese viele Jugendliche organisiert, doch die Kirche ist uns zu unpolitisch. Für uns bedeutet Jugendliche organisieren mehr als einfach in der Messe zu singen.

Auch CALDH arbeitet mit Jugendlichen, ihre Organisation heisst 'Jugendliche für den Frieden und die Demokratie'. Dann gibt es die FUNDAJU, die Stiftung für die Jugend. Wir haben anfänglich da mitgemacht. Als sich die FDNG von der ANN abspaltete, blieb die FUNDAJU der FDNG treu. Und da in

HIJOS Leute sind, die der URNG näher stehen als der FDNG, gab es Probleme und wir haben uns zurückgezogen. Wir wollten nicht von einer bestimmten Partei vereinnahmt werden und wollen das auch in Zukunft nicht.

Auch die URNG ist daran, ein Jugendsekretariat zu bilden, wozu sie uns eingeladen haben. Wir gehen da nicht als Gruppe hin, aber unseren Mitgliedern steht es frei, als Einzelpersonen mitzumachen.

Frage: Eure Beziehung zu FAMDEGUA ist sehr eng, ihr habt ja auch hier euer Büro. Wie gestaltet sich diese Beziehung, gibt es so etwas wie 'Generationskonflikte'?

Paco: Natürlich haben wir Probleme. Nicht nur mit FAMDEGUA sondern auch mit andern Menschenrechtsorganisationen. Ich persönlich bin z.B. nicht damit einverstanden, dass Leute wie Nineth Montenegro oder Mario Polanco ihre Organisation für ihre politischen Ambitionen ausnützen. Ich finde, man muss die Arbeit in der Organisation strikt trennen vom persönlichen Engagement in der Partei. Sie haben alles Recht der Welt dazu, sich parteipolitisch zu engagieren, aber bitte nicht im Namen der Massakeropfer.

Frage: Andersrum lässt aber die URNG ein klares Engagement für die Opfer und deren Angehörige vermissen.

Paco: Klar ist es wichtig, sich dafür einzusetzen aber gleichzeitig braucht es auch eine gewisse Distanz. Viele der Organisationen entstanden während des Krieges und waren den Richtlinien der URNG unterstellt. Das war zu seiner Zeit auch richtig. Heute, wo sich die Situation verändert hat, braucht es aber eine Ablösung von diesen Strukturen. Die Abhängigkeit von der URNG hat vielen Organisationen in den letzten Jahren bloss geschadet.

Für die URNG bedeutet es aber, dass sie es nicht mehr einfach 'ihren' Organisationen überlassen kann, sich für die Menschenrechte stark zu machen. Das und die Tatsache, dass nicht mehr alle Leute mit ihrem Stil einverstanden sind, muss die URNG einfach akzeptieren.

Frage: Was machst du nebst deiner Arbeit in HIJOS?

Paco: Ich bin arbeitslos. Ich finde keine Arbeit. Für die Arbeit für Hijos bekomme ich kein Geld. Es ist eine Ab-

machung unter uns, dass alles Geld, das reinkommt, für Aktivitäten bestimmt ist.

Frage: Wie finanziert ihr euch?

Paco: Das meiste über Spenden oder über kleine Projekte, die aus dem Ausland unterstützt werden. Und wenn es nötig ist, sammeln wir unter unseren Mitgliedern Geld, z.B. für das Essen während unserer Aktivitäten. Wir haben aber auch nicht so viel Ausgaben wie viele Organisationen, eben weil wir keine Löhne bezahlen.

(In diesem Moment schloss sich Raúl, ein weiteres Mitglied von HIJOS dem Gespräch an.)

Frage: Arbeitet ihr auch auf der Ebene psychosoziale Medizin?

Raúl: Für unsere Gruppe ist das ein wichtiges Thema, weil wir ja alle als Kinder Dinge erlebt haben, die unsere psychische Gesundheit beeinträchtigen. Das Problem ist, dass viele von uns Mühe haben mit dem Begriff 'psychosoziale Gesundheit' und sagen "Wir sind ja weder krank noch verrückt". Aber wir sind uns bewusst, dass wir auf diesem Gebiet Hilfe brauchen.

Sprecht ihr untereinander über eure Geschichten?

¡Fijate!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijate!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijate!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntätiglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Raúl: Natürlich. Es ist eines der Hauptziele unserer Gruppe, einander zu erzählen, was wir erlebt haben und uns gegenseitig zu helfen, uns gegenseitig das Gefühl zu geben, dass wir nicht alleine sind. Wir hatten auch zweimal ein Treffen mit einer Psychologin. Das war ganz wichtig, um gewisse Mechanismen in uns selber aber auch innerhalb der Gruppe zu verstehen.

Was fühlt ihr, wenn ihr heute in der Zone 1 eine Militärpatrouille antrefft?

Paco: Mir ertrage es fast nicht und ich habe oft Lust, sie zu beschimpfen und schlimmeres. Aber ich habe Angst. Die sind bewaffnet und kommen immer in Gruppen daher.

Heute morgen haben wir über das Thema Gewalt gesprochen und kamen unweigerlich auf die Selbstjustiz zu sprechen. Jemand sagte: "Als VerteidigerInnen der Menschenrechte müssen wir die Selbstjustiz verurteilen." Ich habe nur gelacht, denn ehrlich gesagt, wenn ich die Möglichkeit hätte, mich an einem Militär zu rächen, ich würde ihn töten,

verstehst du?

Mich erstaunt es, ehrlich gesagt, dass es nicht vorkommt dass sich die Leute ganz direkt bei ihren Peinigern rächen.

Raúl: Viele von uns tragen eine grosse Wut mit sich herum und wenn wir die Gelegenheit hätten, Selbstjustiz auszuüben, wer weiss was geschehen würde. Aber wir trauen uns nicht. Auf eine Art ist das auch ein Ergebnis der jahrelangen Repression. Die Leute auf dem Lande fürchten das Militär noch genauso wie während des Krieges. Und mit der ständigen Erinnerung an die brutalen Morde, die das Militär auf dem Land ausgeübt hat, sind die Leute nicht fähig, sich zu rächen.

Einer unserer Kollegen hatte einen detaillierten Plan ausgearbeitet, wie er die Militärs, die in unserer Nachbarschaft leben, umbringen könnte. Er plante auch die Art und Weise, wie er sie umbringen wollte, langsam und unter grossem Leiden. Manchmal kommen einem halt diese Ideen, sich zu rächen. Aber wenn wir darüber sprechen, mer-

ken wir, dass es etwas ist, sich das alles auszumalen und etwas ganz anderes, es auch auszuführen und ich glaube, darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von "ihnen"(den Militärs), dass sie es konnten und wir können es nicht. Manchmal wünsche ich mir, es gäbe in Guatemala einen Amokläufer, der sich darauf spezialisiert, Militärs umzubringen.

Könnt ihr über all diese Gefühle mit den Leuten von FAMDEGUA sprechen?

Paco: Nein. Das ist wohl einer dieser Generationenkonflikte, die du vorhin angesprochen hast. Die Leute von FAMDEGUA finden uns sehr radikal, verstehen unseren schwarzen Humor nicht und finden ihn oft respekt- und geschmacklos. Es gibt Dinge, die uns beschäftigen, über die wir mit ihnen nicht sprechen können. Sicher haben sie zum Teil ähnliche Gefühle der Verzweiflung und Machtlosigkeit, aber sie gehen ganz anders damit um. Aber es ist normal, dass wir uns nicht immer verstehen, denn wenn wir genau gleich wären wie sie, würde es keine Entwicklung geben.

Reformen am Arbeitsgesetz verabschiedet

Guatemala, 26. April. Der Kongress verabschiedete mit "nationaler Dringlichkeit" acht Änderungen des Arbeitsgesetzes. Sieben dieser Reformen entsprechen den insgesamt elf von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geforderten Gesetzesänderungen und sind Bedingungen, um in den Genuss der Zollvergünstigungen der *Initiative des Karibischen Beckens* (ICC) zu kommen (siehe Fijate! 220).

Den Änderungen zugestimmt haben alle Kongressparteien mit Ausnahme der ANN, die erklärte, sie würde sich nicht den Bedingungen der 'Grossen' beugen, sondern fühle sich der ArbeiterInnenklasse verpflichtet. Nineth Montenegro erwähnte die Wichtigkeit integraler Reformen, die die Bedürfnisse aller ArbeiterInnen berücksichtigen und nicht bloss diejenigen der ArbeitgeberInnen und der GewerkschafterInnen.

Die verabschiedeten Änderungen garantieren unter anderem das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und legen die Bedingungen fest, unter denen eine Gewerkschaft überhaupt gegründet werden kann.

Eine der Forderungen der ILO, die jedoch nicht aufgenommen wurde, ist diejenige nach dem Streikrecht der LandarbeiterInnen während der Erntezeit. Ebenfalls aussen vor blieb das Recht der Staatsangestellten auf finanzielle Ent-

schädigung im Fall von Arbeitsrechtsverletzungen seitens des Staates.

Ausgearbeitet hatten die acht dem Kongress vorgelegten Änderungen Vertreter der Handelskammer (CACIF) und der Gewerkschaftsverbände UASP und UGT. Beide Sektoren lobten die Zusammenarbeit und der Vertreter des CACIF sprach gar von einem "historischen Moment". Rigoberto Dueñas von der UGT meinte, es wäre zwar schöner gewesen, sie hätten alle ihre Forderungen durchgebracht, zeigte sich jedoch zufrieden darüber, dass der Kongress wenigstens diese acht angenommen hat.

Nicht ganz zufrieden über die bloss acht anstatt elf Reformen zeigte sich Arbeitsminister Juan Francisco Alfaro Mijangos, der befürchtet, dass sich die ILO damit noch nicht zufriedengibt.

Über diese von allen Seiten optimistisch verbreiteten Nachricht der Reformen am Arbeitsrecht soll aber nicht vergessen werden, dass die guatemaltekeische Gewerkschaftsbewegung in einer Krise steckt (weniger als 2% der ökonomisch aktiven Bevölkerung ist gewerkschaftlich organisiert). Auch der CACIF ist weit davon entfernt, seine Einstellung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung zu ändern.

So wäre es denn übertrieben zu behaupten, die verabschiedeten Reformen seien die Früchte des Gewerk-

schaftskampfes bzw. der Einsicht der ArbeitgeberInnen zu verdanken. Sie sind deshalb zustande gekommen, weil der internationale Druck auf Guatemala zu gross wurde. (Guatemala trat bereits 1919 der ILO bei und hat insgesamt 71 Konventionen dieser Organisation unterzeichnet. Eine Ausnahme bildet der Artikel 182, der die schlimmsten Ausbeutungen im Bereich der Kinderarbeit verbietet.) So wird denn auch das Urteil gegen die 22 Bananenhändler der Region Izabal (siehe Fijate 232) von den Gewerkschaften nicht als ein Sieg bezeichnet. Dieses Urteil sei eine Show, die aufgezogen worden sei, um die internationale Öffentlichkeit zu beruhigen und um den Eindruck zu vermitteln, die Regierung habe ein Problem in den Griff bekommen, das die Freihandelsvergünstigungen in Gefahr brachte.

Die Reformen des Arbeitsgesetzes ist eine alte Geschichte und wurde von Regierung an Regierung weitergegeben, ohne dass viel unternommen worden wäre. Dass es jetzt plötzlich eilte und möglich war, minimale Änderungen durchzubringen, hat sicher damit zu tun, dass im Juni die 88. Jahresversammlung der ILO stattfindet und die guatemaltekeische Regierung Stellung nehmen muss zu den Artikeln 87 und 88, die das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und auf kollektive Verhandlungen festlegen.

Gemeinschaftsradios gegen neues Radiogesetz

Guatemala, 16. April. Bereits im März versprach Präsident Portillo während einer Arbeitsreise in den Quiché, dem Kongress einen Vorschlag für ein neues Telekommunikationsgesetz einzureichen, das dem "Radio- und Fernsehmonopol ein Ende setzen soll".

Anfang April war es dann soweit: Sowohl im FM- wie im AM-Bereich bestimmte die Regierung Frequenzen, die indirekt den nichtkommerziellen Lokal- und Kommunalradios zur Verfügung gestellt werden sollen.

Indirekt deshalb, weil die Frequenzen nicht den Lokalradios überschrieben werden, sondern einer Mittelsinstitution, der *Nationalen Vereinigung für Kommunikation, Kultur, Kunst und Entwicklung*. Weiter enthält das Gesetz eine Klausel, die der Regierung das Recht zugesteht, "bei Nichteinhalten des Ver-

trages diesen wieder aufzukündigen".

Der *Consejo Guatemalteco de Comunicación Comunitario* (CGCC), dem rund 150 kommunale Radioprojekte angeschlossen sind, sprach sich in einer Presseerklärung gegen das neue Radiogesetz aus:

1. Das Gesetz widerspricht dem Friedensabkommen über die Rechte und die Identität der indigenen Völker, das den Gemeinden einen direkten Zugang zu den Medien und Radiofrequenzen garantiert.

2. Die *Nationale Vereinigung für Kommunikation, Kultur, Kunst und Entwicklung* ist eine völlig unbekannte Institution und hat nichts mit den guatemaltekischen Lokalradios zu tun, die seit langem um einen legalen Status kämpfen.

3. Hat der CGCC am 22. November

2000 einen Entwurf für ein Radiogesetz eingereicht. Das nun verabschiedete Gesetz nimmt keinen der darin enthaltenen Vorschläge auf.

4. Die FM-Frequenz, die der *Nationalen Vereinigung für Kommunikation, Kultur, Kunst und Entwicklung* überschrieben wurde, gehörte bisher in verschiedenen Departementen dem staatlichen Sender TGW.

Dass sogar einem staatlichen Sender die Frequenz entzogen wird, lässt befürchten, dass es auch mit dem neuen Gesetz einzig darum geht, die Frequenzen zu privatisieren.

Für den CGCC ist das neue Gesetz kein Schritt in die richtige Richtung. Deshalb kündigt er die Weiterführung seines Kampfes um die legale Anerkennung der Kommunalradios und den Besitz eigener Frequenzen an.

Haftbefehle im Fall Dos Erres aufgehoben

Guatemala, 23. April. Am vergangenen 4. April suspendierte das Verfassungsgericht die Haftbefehle gegen neunzehn am Massaker von *Dos Erres* beteiligte Militärs. Dieses Massaker fand zwischen dem 6. und 8. Dezember 1982 in der Gemeinde Dos Erres, im Departement Petén statt, mehr als 300 Personen wurden dabei umgebracht.

Die Haftbefehle wurden aufgrund der Zeugenaussagen von zwei am Massaker beteiligten Mitgliedern der Spezialeinheit *Kaibiles* ausgestellt. Das Argument für die Annullierung der Haftbefehle lieferte der selbe Richter, der diese vor einem Jahr ausstellte, nämlich: Das Appellationsgericht habe nicht die Möglichkeit gehabt zu entscheiden, ob die verurteilten Militärs vom *Nationalen Versöhnungs- und Amnestiegesetz* profitieren und von ihrer Verantwortung freigesprochen werden können.

Dieses Gesetz wurde Ende 1996, kurz vor der Unterzeichnung der Frie-

densverträge erlassen und die URNG wurde verschiedentlich dafür kritisiert, sich nicht vehementer dagegen gewehrt zu haben.

In einer am 20. April veröffentlichten Erklärung sprach sich die *Allianz gegen Straffreiheit*, der rund 40 Menschenrechtsorganisationen angehören, gegen den Entscheid des Verfassungsgerichtes aus. Im folgenden einige Ausschnitte aus ihrer Erklärung:

"Während den vergangenen sieben Jahren wurde ausreichend Material vorgelegt, um die Beteiligung der verurteilten Militärs am Massaker von Dos Erres zu beweisen. Nachdem die Haftbefehle gegen neunzehn am Massaker beteiligte Militärs ausgesprochen wurden, unternahm die Gegenseite alles mögliche, um den Lauf der Justiz zu behindern, indem unzählige Rekurse bei den verschiedensten Gerichten eingereicht wurden. Dies, obwohl der Fall von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission be-

handelt wurde und die guatemaltekische Regierung die Verantwortung des Staates bei diesem Verbrechen anerkannt hatte.

Wir bestehen kategorisch darauf, dass im *Nationalen Versöhnungs- und Amnestiegesetz* festgelegt ist, dass es nur angewendet werden kann, wenn das betreffende Verbrechen "als Teil der Kriegshandlung zwischen den beiden Konfliktpartnern" stattgefunden hat, mit dem Ziel "politische Verbrechen zu verhindern oder zu verfolgen". Das Gesetz schliesst aber ganz klar Verbrechen aus, die gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden, wie es im Massaker von Dos Erres der Fall war, wo Frauen, Kinder und alte Leute umgebracht wurden.

Wir fordern die korrekte Anwendung des Nationalen Versöhnungs- und Amnestiegesetzes und bestehen darauf, dass ein Massaker ein Verbrechen ist, das weder verjährt noch amnestiert werden kann."

Guatemala stimmt auch gegen Kuba

Genf, 19. April. Guatemala unterstützte die von der UNO-Menschenrechtskommission verabschiedete Resolution, die Kuba zum zehnten Mal wegen Verletzung der Menschenrechte verurteilte. Grund für die Verurteilung ist laut dem guatemaltekischen Aussenminister Gabriel Orellana der Umstand, dass Kuba die Auslieferung von drei guatemaltekischen StaatsbürgerInnen verweigert, die in Guatemala des Terrorismus angeklagt sind und seit über drei

Jahren in Kuba festgehalten werden.

Im Vorfeld der Abstimmung in Genf haben verschiedene guatemaltekische Volksorganisationen und linke PolitikerInnen ihre Regierung aufgefordert, nicht gegen Kuba zu stimmen. Dabei wurde die ausserordentliche humanitäre Hilfe erwähnt, die zur Zeit über 40 kubanische ÄrztInnen in Guatemala leisten. Hinter der Tatsache, dass sich Guatemala schliesslich doch gegen Kuba aussprach, steckten vielmehr die finan-

zielle und wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Unter anderem sei es eine Bedingung Präsident Bush's gewesen, um Portillo am Wirtschaftsgipfel in Kanada eine Audienz zu gewähren, erklärte die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro.

Selbst gemässigtere PolitikerInnen kritisierten die Verurteilung Kubas. "Guatemala hätte sich wenigstens der Stimme enthalten können", meinte der PAN-Abgeordnete Jorge Mario Vásquez.

Spekulationen über 'neue Guerilla'

Guatemala, 23. April. Berichte über bewaffnete Gruppen, die einen politischen Diskurs vertreten, füllten in letzter Zeit die guatemaltekeische Presse. Die Interpretation einiger AnalytikerInnen ist, dass es sich dabei um ehemalige Guerilller@s handle, die den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen wollen.

"Sie nennen sich *Revolutionäre Volksfront* oder *Verteidiger des Volkes*. Sie tragen AK47- Gewehre, bedienen sich eines marxistischen Diskurses und sprechen sich für die Friedensabkommen aus. Laut der Polizei handelt es sich um demobilisierte Mitglieder der URNG."

So beginnt eine saloppe Reportage in der Tageszeitung *elPeriódico* über bewaffnete Gruppen, die, ebenfalls laut Polizeiberichten, in den Departamenten Petén, Sololá, Alta Verapaz, San Marcos, Chimaltenango, Totonicapán und Quetzaltenango aufgetaucht seien und "über-raschende Ähnlichkeiten miteinander" aufweisen sollen.

Im Artikel wird auch Juan Pablo Corlazzoli, Chef von MINUGUA, zitiert, der sagte, die politischen Parolen seien nur ein Vorwand, denn es würden Finca-besitzer und BäuerInnen gleichermaßen überfallen. Weiter meinte er jedoch, in den Gebieten, wo diese bewaffneten Gruppen operierten, sei die Misere und die Armut kein 'Privileg' der Demobilisierten, entsprechend sei das Phänomen der kriminellen Banden kein politisches sondern ein sozialökonomisches.

Was genau *elPeriódico* mit seiner Reportage bezwecken wollte, ist nicht klar, zumindest die URNG fühlte sich herausgefordert und reagierte prompt.

In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur *Cerigua* bestritt der Generalsekretär der URNG, Pablo Monsanto, dass die demobilisierten Guerilller@s etwas mit den bewaffneten Banden zu tun haben. Es stimme zwar, dass die ökonomische Situation der ehemaligen KämpferInnen miserabel sei, was unter anderem damit zusammenhänge, dass die Regierung ihre Versprechen bezüglich Entschädigung und Wiedereingliederungsprogrammen nicht eingehalten habe. Eine ihrer Hauptsorgen sei die Frage, wie sie die Kredite und horrenden Zinsen zurückzahlen sollen, die sie für den Kauf ihrer Fincas bekamen, doch sei dies noch kein Grund, wieder zu den Waffen zu greifen, meinte Soto.

Enrique Corral Alonso, Direktor der URNG-eigenen, für die Wiedereingliederung der Ex-KämpferInnen zuständigen Stiftung Guillermo Toriello, antwortete mit einer Stellungnahme in *elPeriódico*:

"Es ist eine beliebte und alte Methode, das Problem der Delinquenz mit dem internen bewaffneten Kampf und speziell mit den demobilisierten KämpferInnen der URNG in Verbindung zu bringen. Dies ist eine einfache Einschätzung, die bei den LeserInnen ankommt, doch sie ist oberflächlich und unseriös. Die Stiftung ist genau darüber informiert,

wo die Demobilisierten sind und wie ihre Situation ist. Selbst MINUGUA, die sowohl mit uns wie mit der Polizei eng zusammenarbeitet, konnte bis heute nicht mit Bestimmtheit sagen, ob demobilisierte KämpferInnen in diese Gruppen involviert sind. Und falls es so wäre, sind wir die ersten, die eine Verfolgung und Bestrafung nach demokratischen Gesetzen fordern.

Wir sind besorgt darüber, dass die Demobilisierten mit den Kriminellen gleichgesetzt werden und befürchten, dass dies ein politischer Schachzug ist, um repressiv gegen unsere Leute oder die Partei selber vorgehen zu können", schloss Corral Alonso.

Dieser Einschätzung schloss sich auch Rafael Gonzáles, Koordinator des *Komitees der BäuerInneneneinheit* (CUC) an. Gonzáles gibt der sozialen Unsicherheit in Guatemala die Schuld am Aufkommen krimineller Gruppen. Er schliesst auch die Möglichkeit nicht aus, dass Leute mit politischen Interessen sich organisiert haben, um die Landbevölkerung zu verunsichern und zu erpressen. Solche Gruppen seien auch im Interesse der Regierung und des Militärs. Der Regierung, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den Problemen im Kongress rund um die Fälschung des Alkoholgesetzes und vom Fall Gerardi abzulenken. Im Interesse des Militärs, um unter dem Namen 'Kommunalpolizei' die Zivilpatrouillen zu reaktivieren.

Freispruch für Ríos Montt

Guatemala, 26. April. Im Prozess gegen 24 Kongressabgeordnete wegen der Fälschung des Gesetzes über die Abgabe von Steuern auf alkoholische Getränke, wurden die beiden prominentesten Angeklagten, General Efraín Ríos Montt und Luis Rosales Marroquín (Präsident und Vize des Kongresses), freigesprochen.

Der zuständige Richter des Obersten Strafgerichts, Sergio Castro, begründete den Freispruch damit, dass die Staatsanwaltschaft nicht genügend Beweise gegen die beiden vorbringen konnte, um eine Verurteilung zu erreichen. Der Mangel an Beweisen habe sicher damit zu tun, dass Ríos Montt am Tag der Gesetzesfälschung gar nicht im Kongress anwesend war, verteidigte ihn Castro. Mit diesem Entscheid bekam Ríos Montt seine Immunität zurück.

Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt, was normalerweise bei dieser Art von Prozessen nicht der Fall ist.

Im Fall der andern bisher vorgeladenen Kongressabgeordneten, Leonel Soto Arango sowie fünf andere Angeklagte, wird der Prozess weitergeführt. Ihre Unterschrift ist auf dem gefälschten Gesetz zu finden und sie wurden gegen eine Kautions von je 7000 Quetzales (ca. 800 US-\$) freigelassen. Die Verhandlungen gegen die restlichen, in den Vorfall verwickelten Kongressabgeordneten werden Ende April und Anfang Mai stattfinden.

Während der Verhandlung gegen Ríos Montt kam es vor dem Obersten Gerichtshof (CSJ) zu Auseinandersetzungen zwischen VertreterInnen von Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen und AnhängerInnen des Generals. Es kam zu Handgreiflichkeiten und die protestierenden Organisationen mussten sich zurückziehen. Einzig eine Gruppe StudentInnen blieb und hielt einen Sitzstreik ab. Die Polizei erschien erst zwei Stunden später vor dem Gerichtsgebäude. Unter den angriffslustigen

FRG-Mitglieder wurden unter anderem der Leiter des Nationalen Jugendkongresses, Juan Pablo Ríos Rittscher, seines Zeichens Enkel von Ríos Montt, verschiedene Kongressabgeordnete und MitarbeiterInnen der Stadtregierung ausgemacht.

Als einen neuen Triumph der Straffreiheit und als eine Schande für die Nation bezeichneten Menschenrechtsorganisationen den Freispruch Ríos Montt's. In einer Presseerklärung der *Alianz gegen Straffreiheit* heisst es: "Die Fälschung des Alkoholsteuergesetzes hat eine politische Krise ausgelöst und die Schwäche der staatlichen Institutionen an den Tag gelegt. Eine solche Entscheidung (der Freispruch Ríos Montts) kratzt die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen, speziell der Justiz, stark an".

Am Tag nach seinem Freispruch nahm Ríos Montt seinen Platz als Kongresspräsident wieder ein, den er während den letzten drei Wochen an seine Tochter abgetreten hatte.

Jahrestag der Ermordung Bischofs Gerardi

Presseerklärung der Solidaritätsbewegung für Guatemala in Wien

Wien, 26. April. Am 26. April jährte sich zum dritten Mal der Mord am guatemaltekischen Bischof Juan Gerardi. Zwei Tage vor seinem Tod hatte er unter dem Titel "Guatemala - nunca más" einen Bericht der katholischen Kirche über die während des 36-jährigen Bürgerkrieges begangenen Menschenrechtsverletzungen präsentiert, in dem die Verantwortung der Armee und paramilitärischen Kräfte für mehr als 90% dieser Verbrechen aufgezeigt wurde. Obwohl die Spuren des Bischofsmordes eindeutig auf eine Verwicklung des Militärs hinweisen, ist das Verbrechen bis heute nicht aufgeklärt. Von Beginn an waren die Ermittlungen mit Vertuschungen, der Manipulation von Beweisen sowie Einschüchterungen gegen RichterInnen, ZeugInnen und mit dem Fall befasste JournalistInnen konfrontiert.

Eine aus RepräsentantInnen mehrerer entwicklungs-politischer und in Sachen Menschenrechte engagierter Organisationen (darunter Horizont3000, CSI-Österreich, Gesellschaft für bedrohte Völker, Frauen-solidarität, Mexiko-Plattform, IGLA

und Guatemala-Solidaritätsbewegung) zusammengesetzte Delegation nahm den Jahrestag zum Anlass, um in der guatemaltekischen Botschaft auf eine vollständige Aufklärung des Mordes an Bischof Gerardi zu drängen. In einem an Botschafter Federico Urruela Prado gerichteten Brief fordern sie von der guatemaltekischen Regierung, einen transparenten Verlauf des Prozesses zu garantieren, der seit dem 23. März gegen fünf Verdächtige geführt wird. Insbesondere solle die Sicherheit der am Prozess beteiligten RichterInnen, AnwältInnen und ZeugInnen gewährleistet werden. Die Regierung möge "alles in ihrer Macht Stehende tun, damit die Untersuchung dieser abscheulichen Tat die Gesamtheit aller intellektuellen und ausführenden TäterInnen sowie deren KomplizInnen erfasst", auch wenn es sich um hochrangige Armeeeingehörige handeln sollte.

Weiter wird die Regierung aufgefordert, die in den Berichten der beiden Wahrheitskommissionen formulierten Empfehlungen umzusetzen, als Voraussetzung für den "Aufbau einer

solidarischen und friedfertigen Gesellschaft".

Schliesslich wird an dass von Präsident Alfonso Portillo anlässlich seines Amtsantrittes im Januar 2000 gegebene Versprechen erinnert, für eine Aufklärung des Mordes an Bischof Gerardi innerhalb von 180 Tagen zu sorgen. Die UnterzeichnerInnen des Schreibens erklären ihre Besorgnis angesichts der zahlreichen von der Regierung Portillo nicht eingelösten Versprechen, was auch in der schleppenden Umsetzung der Ende 1996 zwischen Regierung und Guerilla unterzeichneten Friedensverträge zum Ausdruck komme.

Die von der Delegation in der Botschaft vorgebrachten Anliegen wurden gleichzeitig vor der Botschaft durch eine lautstarke Kundgebung unter dem Motto "Trommeln gegen das Vergessen" unterstrichen. Unterstützt von Trommelrhythmen wurden Slogans skandiert wie "Gegen das Vergessen - Menschenrechte jetzt!", "Kein Frieden ohne Wahrheit - Guatemala nunca más" und "Schützt die Opfer, nicht die Täter".

Vom Umgang mit Lynchjustiz

Guatemala, 24. April. Zu je 100 Jahren Gefängnis verurteilt wurden in Totonicapán zwei Männer, die 1996 an der Ermordung von vier Personen durch Lynchjustiz beteiligt waren. Die Verurteilung und die Höhe der Strafe wurden von den Menschenrechtsorganisationen gelobt. Es sei damit ein Präzedenzfall geführt worden, meinte der Menschenrechtsprokurator Julio Arango Escobar und hofft, dass dies als abschreckendes Beispiel dient.

Dass es aber nicht damit getan ist, oft willkürlich herausgegriffene Personen als TäterInnen oder Hauptverantwortliche in einem Fall von Selbstjustiz zu hohen Strafen zu verurteilen, zeigen die Beispiele der Gemeinden Senahú und El Estor:

In Senahú wurde vor ca. 6 Wochen der Richter des Dorfes von einer aufgebrauchten Menschenmenge gesteinigt, nachdem zuvor sein Haus während einer Nacht lang belagert worden war. Dem Richter wurde vorgeworfen, einen Mann auf Kautionsfreilassung zu haben, der ein Mädchen gefesselt und hinter seinem Karren hergezogen hatte.

Der Vorfall hatte zur Folge, dass

die polizeilichen und juristischen Kräfte aus dem Dorf abgezogen wurden. Seither sei eine Stimmung der Unsicherheit und des Im-Stich-gelassen-sein in der Bevölkerung zu spüren, ausserdem habe die Delinquenz stark zugenommen, gab der Bürgermeister von Senahú, Javier Teni, bekannt. Deshalb berief er eine öffentliche Versammlung ein, zu der er VertreterInnen der sozialen Organisationen einlud sowie die Hilfsbürgermeister der umliegenden Dörfer, VertreterInnen der Regierung, der Polizei, des Militärs und von MINUGUA.

Das Ziel dieser Versammlung, an der rund 500 Personen teilnahmen, war, gemeinsam als Zivilgesellschaft die Rückkehr der Polizei und die Zuteilung eines neuen Richters zu fordern. Weiter sprach sich die Versammlung gegen die Idee aus, eine Art Bürgerwehr aufzustellen, die die Sicherheit in der Gemeinde garantieren sollte und bat das in der Nähe stationierte Militär um häufigere Patrouillen in der Umgebung.

Um es gar nicht erst so weit kommen zu lassen, haben rund 10'000 BewohnerInnen aus zwölf Gemeinden

im Departement Izabal einen Vertrag unterzeichnet, in dem sie sich verpflichten, den Rechtsstaat zu respektieren und nicht zum Mittel der Selbstjustiz zu greifen. Die Initiative wurde vom lokalen Menschenrechtsprokurator und den Nachbarschaftskomitees unterstützt. Der Vertrag wurde in Q'eqchi' geschrieben und auf spanisch übersetzt.

"Wir wollen nicht, dass sich der Name unserer Gemeinden mit Blut befleckt", sagte der Bürgermeister von El Estor, Miguel Choc Bac. Seit über einem Jahr wird in den Gemeinden Bewusstseinsarbeit betrieben und die Leute werden dazu angehalten, Verbrecher und Diebe der Polizei zu übergeben. Es sei verständlich, dass der Bevölkerung manchmal der Geduldsfaden reisse, liege doch oft der nächste Polizeiposten weit und würden dort die Täter sofort wieder freigelassen, meinte Choc Bac. Die Polizei der Gemeinde El Estor sei oft gezwungen, einen Helikopter zu mieten, um innerhalb nützlicher Zeit an den Ort eines Verbrechens zu gelangen und rechtzeitig das Eingreifen der erzürnten Bevölkerung zu verhindern.